

werden Standrechtseröffnungen neuerer Anzahl gemeldet. Eine furchtbare Zusammenkunft gibt die folgende Meldung:

Berlin, 5. Mai. Wie der Sozialist aus München meldet, wurde der Schriftleiter der Münchener roten Fahne, der Kommunist Mai-Bühner, der zuletzt Polizeipräsident war, standrechtlich erschossen. Dr. Merkle vom Ministerium des Auswärtigen, der schon früheres Revolutionsgeschick war, wurde verhaftet. Auf den Münchener Friedhöfen lagen am Sonntagabend bereits 179 Tote aus den Straßenkämpfen und standrechtlich Erschossene.

In einer andern Nachricht, die Wolffs Bureau weitergibt, muß festgestellt werden, daß die als erschossen gemeldeten Professor Stud und Döderlein „nicht als vermißt gemeldet“ sind! Sie lag in dem Eindruck dieses Eingeständnisses wieder zu verwischen durch die Behauptung: Es wurden verschiedene Gliedmaßen aufgefunden, die darauf schließen lassen, daß mehr als zehn Personen (d. h. Geiseln) umgebracht worden sind.

Die „Greuel der Pariser Kommune“ waren die Massenerschließungen, die die Versäcker an ihren Gefangenen vornahmen. Soll die Münchener Bluttragedie auch in diesem Stück dem französischen Drama gleichen?

Die Revolution auf dem Marsche.

Daß die Revolution sich auch in Frankreich auf dem Marsche befindet, das zeigen verschiedene bedeutungsvolle Vorgänge der letzten Zeit. Die Freisprechung des Mörders von Jaurès Ende März wirkte ungeheuer aufreizend unter der Arbeiterklasse. Die Versammlungen traten in eifriger Protestform ein, die Arbeiterzeitungen oder Richtungen brachten scharfe Angriffe auf die Regierung und besonders auf Clemenceau. Die Confédération generale du Travail hatte einen Aufruf an die Arbeiterklasse erlassen, gegen die Freisprechung Villains und die Verurteilung Cottins zu protestieren. Die Humanité veröffentlichte zahlreiche Protestkundgebungen von Arbeiterverbänden aus verschiedenen Teilen Frankreichs, u. a. eine Kundgebung von 51 000 Versetzten. In einem Brief an die Humanité schrieb Anatole France, der Freispruch Villains stelle die Arbeiterklasse und alle, die sie verteidigen, außerhalb des Gesetzes. Den Höhepunkt der Bewegung bildete dann die mächtige Demonstration der Pariser arbeitenden Bevölkerung zu Ehren Jaurès am 10. April, woran 300 000 Personen teilgenommen haben. Nirgend zeigte sich in dem ungeheuren Zuge eine nationale Fahne, wie die Bourgeoispresse mit Entsetzen feststellte, nur rote Fahnen wurden in der endlosen Demonstrationstruppe getragen; Offiziere und Soldaten marschierten Arm in Arm mit der Volksbevölkerung. Die Entschlossenheit der Arbeiter drückte sich in den Worten aus: „Diesmal werden wir die Macht, das nächste Mal gebrauchen wir sie.“

Der Mai sah die Pariser Arbeiterklasse wiederum geschlossen auf den Plan treten. Die Drohung Clemenceaus mit den Truppenmassen, die der Gewaltmensch um Paris zusammengezogen hatte, wirkte nicht. Es wurde eine blutige Märsche, deren Saft bereits aufsteigt. Mehr als die Soldaten scheint sich ein Teil der Bolschewisten zur Niederhalsung der Demonstration bereitgefunden zu haben. Neben den Totenopfern und den Verwundeten gab es unerschütterliche Verhaftungen. Ganz wie bei uns sollen die Verhafteten vor den Rabi geschleppt werden. Das Vorgehen hat nun zu einer Krise geführt, die sich darin ausdrückt, daß sich die französischen Sozialisten von der Mitarbeit am Friedensvertrag ganz zurückgezogen haben; auch Jouhaux, der Vorsitzende der Arbeiterkonföderation, der selbst verwundet wurde, ist als Konferenzdelegierter zurückgetreten. Ferner haben Bouisson und Compère-Morel ihre Regierungsstellen aufgegeben. Daß die Zahl der verhafteten Bolschewisten maßlos übertrieben wurde, wird jetzt festgestellt, nicht annähernd 500 von ihnen sind verwundet worden, sondern etwa ein Duzend. Populaire fordert auf, nicht zu dulden, daß die Verhafteten vor ein Kriegsgericht kommen. Es wird nämlich mitgeteilt, es seien schon 84 Arbeiter vor das Kriegsgericht verwiesen worden.

Sozialisten wie Gewerkschafter bereiten neue Kundgebungen gegen Clemenceau und gegen die Verantwortlichen der Justizaktion vor. In einem scharfen Protest erklären die Sozialisten, sie werden die Bewegung im nächsten Moment fortsetzen und die Provo-kation im gegebenen Moment beantworten. Das Komitee der Union syndikalistes wird beauftragt, eine noch imponierendere Kundgebung als die Märsche vorzubereiten. Der Gewerkschaftsbund beruft binnen vierzehn Tagen eine Nationalkonferenz ein, um eine neue Aktion für ganz Frankreich zu beraten.

Auch in der Kammer sollen Aktionen unternommen werden. Es ist von den Sozialisten beauftragt worden, die Regierung zu interpellieren. In und außerhalb des Parlamentes bereitet die Arbeiterklasse den Kampf vor. So wird die Bewegung immer größeren Schwung und größere Kraft bekommen und die französische Arbeiterklasse ein gutes Stück ihrem Ziele näherbringen. Daß es Clemenceau ob den Folgen seines ungerichteten Willkürs nicht wohl ist, geht daraus hervor, daß er erklärt läßt, er könne aus Rücksicht auf die Friedensverhandlungen nicht in der Kammer erscheinen. Der Minister des Innern, Pams, werde die Interpellation beantworten.

Anzeichen.

Die Gegenrevolution ist durch die Entfesselung der Ordnungsbefehle in Bayern abermals mächtig gefördert worden. Immer offenkundiger enthüllt sie ihre Absichten. Ganz unverhohlen deutet die Presse vom Schlage der Deutschen Tageszeitung an, daß sie nur auf die günstige Gelegenheit wartet, um auch formell die politische Macht dem Bürgerturn wiederzugeben. Es ist kein Zweifel, daß ein Sieg der Gegenrevolution Deutschland wieder zur Militärmonarchie machen würde. Die Anzeichen dafür, daß die Royalisten in Deutschland diesen Augenblick erwarten, mehrten sich. Der Expolizeipräsident von Berlin, späterer Regierungspräsident von Breslau, der berühmte Herr v. Jagow, hat bei seinem Abschied einen Erlaß veröffentlicht, in dem es heißt:

„Ich bin von der jetzigen Regierung wegen Königs-treuer Gesinnung in den zeitlichen Ruhestand versetzt worden und verabschiede mich hiermit vom Regierungsbezirk Breslau. Meine Abschiedsworte gelten nur denen, die in dieser Zeit der Not das Vaterland über alles gestellt haben. Die Not muß weiter steigen, solange Millionen Deutsche Deutschland verraten. Um so fester gründet sich Ihre Treue und Mut, Ihr Gefühl und Pflichtbewußtsein. Zur Tat bereit, mit Gott für Recht und Vaterland. Ich“

selbe mit der Überzeugung, daß nach Jahren staatlicher und geistiger schwerer Wirrnisse das deutsche Volk sich in überwältigender Mehrheit nach einem sozialen Kaiserium zurückersehnen wird.

Die Häupter der Royalisten in Deutschland, die Heinrich von Breußen, die Jagow hoffen nicht ohne Grund. Für sie arbeitet die jetzige Regierung, die ihnen die Heerführer der kommenden Reaktion ausruft und täglich stärker und unabhängiger macht. Daß die royalistische Gesinnung sich jetzt so frech breitmachen kann, ist die Schuld der Ebert und Konsorten.

Ausweisung des Charlottenburger Polizeipräsidenten aus der großen Arbeiterrats-Sitzung.

Zu einer scharfen Auseinandersetzung kam es in der letzten Sitzung des Großen Berliner Arbeiterrats, als von der kommunistischen Fraktion die Entzerrung des Charlottenburger Polizeipräsidenten Richter beantragt worden war, der der Sitzung als kommunaler Arbeiterrat beiwohnen wollte. Der mehrheitssozialistische Vorsitzende Brodat trat dafür ein, daß Richter anerkannt werde, ein Redner der U. S. P. und der Kommunisten verlangten dessen Entzerrung.

Die zweite Abstimmung — die erste wurde angezwungen — ergab eine Mehrheit für die Entzerrung Richters. Die Entzerrung Richters führte dazu, daß der Vorsitzende sein Amt niederlegte und ein großer Teil der Mehrheitssozialisten den Saal verließ.

Genosse Müller leitete dann die Versammlung bis zur Vertagung weiter. Es wurde noch ein von kommunistischer Seite gestellter Antrag verhandelt, der verlangte, daß den Münchenern Hilfe gebracht werde, und zwar in der Form der Arbeitsniederlegung. Dem Antragsteller trat aber ein eigener Parteigenosse entgegen, der sich entschieden gegen derartige Einzelaktionen aussprach, die nur die revolutionäre Energie des Proletariats schwächen, und seine Gesinnungsgenossen ermahnte, von allen Wutausbrüchen abzustehen.

Sehr entschieden trat auch Dümmig gegen die vorgeschlagene Hilfsaktion für München auf, die den Reim des Nihilismus von vornherein in sich trage. Er richtete an die ihn lebhaft unterbrechenden Kommunisten die energische Mahnung, sich mehr vom Verstande leiten zu lassen. Er fand scharfe Worte des Tadels für das Vorgehen der Kommunisten, das er als unsinniges Manöver bezeichnete. Es komme darauf an, nicht immer neuen Zwiespalt im Proletariat zu säen, sondern eine einheitliche revolutionäre Kampffront herzustellen. Auch er schlug Vertagung vor, da die Beschlüsse der Rumpfsitzung doch keine bindende Kraft hätten. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß es mit dem Wesen des Rätesystems nicht in Einklang zu bringen ist, daß ein Polizeipräsident als Arbeiterrat fungiert, und in der der Vollzugsrat aufgefordert wird, diese Frage sofort zu klären und auf schnellstem Wege eine arbeitsfähige Vollversammlung zustande zu bringen. Die Versammlung wurde dann auf Dienstag vertagt.

Zum Prozeß gegen die Mörder Liebknechts und Rosa Luxemburg.

Folgende Zuschrift wird in der Freiheit veröffentlicht: Nach einer offiziellen Zeitungsnachricht sollen die Eintrittskarten für Verhandlung gegen einige der Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs in erster Linie für die Angehörigen der Ermordeten reserviert werden.

Als Vertreter dieser Angehörigen erklären wir Hermit, daß wir jede Teilnahme an der Verhandlung ablehnen. Bei einem so offenkundigen Verbrechen des Militarismus an seinen unerbittlichsten Gegnern ist eine Aburteilung durch Militär, also Kameraden der Mörder und politische Feinde der Gemordeten, ein Widerstreit. Wir haben deshalb von vornherein eine revolutionäre Untersuchungskommission gefordert. Zur Ermittlung der Wahrheit, zur Aufdeckung der politischen Zusammenhänge, zur Entlarvung der Anstifter und sonstigen Hintermänner ist sie das einzige Mittel. Die Regierung hat uns diese Kommission nicht gegeben; sie sürchtet die Feststellung ihrer Missetat.

Sie gibt uns statt dessen ein Kriegsgericht, das einem Korps angehört, das die Nachricht von der Tat zwölf Stunden lang der Öffentlichkeit vorenthält, um Zeit zu gewinnen, einen offiziellen Bericht für die Presse fertigzustellen, in dem es als „einwandfrei festgestellt“ bekanntgibt, daß Liebknecht auf der Flucht erschossen und Rosa Luxemburg von einer unbekannten Menge getötet und ihre Leiche geraubt worden sei, Nachrichten, die jetzt als schamlose Lüge einwandfrei festgestellt sind. Sie gibt uns ein Kriegsgericht, dessen Vorsitzender bei den letzten Vorbereitungen zum Morde und bei seiner Ausführung im Edenhofel anwesend war, während einige seiner Stabsoffiziere an dem Morde unmittelbar teilnahmen, und der die Verhaftung der schuldigen Offiziere erst unter dem Druck des drohenden Generalfreizeits anordnete.

Sie gibt uns ein Kriegsgericht, dessen Ankläger von Beginn der Untersuchung an den Standpunkt vertritt, daß doch nichts Wesentliches herauskomme; der dann nichts getan hat, um die Verbundlung des Sachverhalts durch die Mörder zu verhindern und der zu dem, was er schließlich getan hat, erst durch das Eingreifen Dritter gezwungen werden mußte.

Ein solches Verfahren muß als Farce erscheinen. Es kann keinem andern Zwecke dienen, als die Öffentlichkeit irrezuführen und die Aufdeckung der ganzen Wahrheit zu verhindern. Wir protestieren hiergegen mit aller Entschiedenheit und fordern nach wie vor eine revolutionäre Untersuchungskommission, die kommen muß und kommen wird.

Berlin, den 4. Mai 1919.
Theodor Liebknecht, Kurt Rosenfeld.
Der Prozeß gegen die Mörder Dr. Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs beginnt am 7. Mai und wird voraussichtlich drei oder vier Tage dauern. Da die Angeklagten, die von uns bereits genannt sind, sämtlich dem Garde-Kavallerie-Schützen-Korps angehören, und diese Formation noch mobil ist, wird die Verhandlung vor einem Feldkriegsgericht stattfinden. Ein Rechtsmittel gegen das Urteil eines solchen Gerichtes gibt es nicht. Das Gericht wird mit zwei Kriegsgerichtsräten, einem Offizier, einem Unteroffizier und einem Jäger besetzt sein. Die angeklagten Offiziere werden durch den Rechtsanwalt Fritsch Gellinpauch verteidigt. Der Dulax Cito Stunne, der wegen Mordversuchs in zwei Fällen angeklagt ist, soll auf Antrag seines Verteidigers auf seine Strafverurteilung verzichtet sein geprüft werden, da er infolge einer Schädelverletzung ein Jahr lang im Krankenhaus zugebracht und auch während des Feldzugs einen Edelbleib gegen die rechte Schläfe erhalten habe.

Die freikonservative Volkspartei bemerkt zu der Erklärung Theodor Liebknechts und Kurt Rosenfelds: Was die beiden blutroten Genossen also verlangen, ist nichts andres, als die angeklagten dem Richter, vor den sie gehören, entzogen und dem roten Terror überantwortet werden.

Auf die Gründe, die die besten Genossen für ihre Fortsetzung anführen, geht das Blatt vorsichtigerweise nicht ein; es will doch seinen Lesern nicht verraten, daß die Forderung auf Ablehnung besagter — zugunsten der Angeklagten besagter — Richter geht. Allerdings sind diese Richter die zuständigen, denn die Regierung Scheibemann hat immer noch nicht Zeit gefunden, die Militärgerichtsbarkeit, dieses schlimmste Privileg des Militarismus, zu beseitigen.

Der Grenzschutz als Offiziersverjüngungsanstalt.

Der Soldatenrat des 11. Armeekorps hat eine Grenzschutzkommission entsandt, die die Verhältnisse beim Grenzschutz Ost feststellen sollte. Der Bericht sollte Mitte März erscheinen, ist aber bisher von den militärischen Dienststellen unterdrückt worden. Er bestätigt, was bisher über den Grenzschutz bekannt ist.

Es dürfte weite Kreise unserer Leser interessieren, zu erfahren, was die von dem Soldatenrat des 11. Armeekorps entsandte Grenzschutzkommission eigentlich festgestellt hat. Nach dem Nachrichtenblatt Nr. 1 des Korps-Soldatenrats vom 12. März sollte der Bericht in den nächsten Tagen zum Vorstand gelangen. Trotzdem ist eine Veröffentlichung desselben bis heute unterdrückt. Es scheint den militärischen Dienststellen unangenehm zu sein, den Bericht, der nach unserer Auffassung sehr objektiv gehalten ist, zu veröffentlichen, da er geradezu niedererschmetternde Dinge über die Zustände im Osten enthüllt.

So z. B. sind bei der Brigade Brandenstein sämtliche Offiziere miteinander verwandt und verschwägert. Rier Offiziere v. Bittersheim, ein Oberleutnant v. Kolowsky, der die Tochter eines Hauptmanns von Bittersheim zur Frau hat, ein Oberleutnant v. Richtigshofen, der mit dem Brigadefeldwebel verwandt ist, bilden den ganzen Brigadestab, der sich in dem eine halbe Stunde vom Dorfe entfernten Schlosse häuslich eingerichtet hat und sich mehr um sein eigenes leibliches Wohl, wie um das seiner Truppen kümmert. Er fand es nicht einmal für nötig, der Grenzschutzkommission des 11. Armeekorps, die ihm rechtzeitig angemeldet wurde, Quartiere besorgen zu lassen. Der Brigadefeldwebel war nach 9 Uhr überhaupt nicht mehr zu sprechen. Von andern Truppenteilen werden ähnliche Dinge festgestellt. So kommen z. B. bei der 37. Infanteriedivision auf 400 Mann 46 Offiziere, an einer andern Stelle auf 200 Mann 26 Offiziere. Nicht unrecht hat deshalb der Korps-Soldatenrat des 20. Armeekorps, eines Korps, das an der Grenze liegt, wenn er den Grenzschutz als eine Verjüngungsanstalt für Offiziere, und zwar solcher Art, die mit Not und Mühe aus dem alten Heere wegen ihrer reaktionären Gesinnung ausgespart wurden. Auch im Detachement Nahe, das hervorragend an der Unterdrückung der Berliner Streiks mitgearbeitet hat, soll ein sehr reaktionärer Geist herrschen; Soldatenräte werden nicht gebildet.

Über die Truppen selbst enthält der Bericht ebenfalls sehr interessante Angaben. So sagt er z. B. von einem westfälischen Freiwilligenregiment, daß es seinen Hauptzweck in dem Wegschicken von Lebensmittelstücken zu haben scheine, wie die Bauern ausgelegt haben. Von einem Hamburger Bataillon von 1000 Mann mußten 150 wieder nach Hause geschickt werden, da sie „nicht den richtigen Ernst“ zeigten. Im Gegensatz zu der teilweise großen Disziplinlosigkeit der deutschen Truppen wird berichtet, daß die Polen heute nicht mehr in Banden, sondern in geordneten Formationen kämpfen und der Geist der Truppe ein sehr guter sei, da streng auf Disziplin gehalten würde. Die Polen haben bei vorübergehender Besetzung nur Vieh und Kohle requiriert. Freiwilligen deutschen Truppen blieb es vorbehalten, in einem Schloß, das vorher die Polen besetzt hatten, nachts die Schränke zu erbrechen und auszulüpfen; die Polen hatten sie verpfändert! Auch die von den Polen wieder freigesetzten Geiseln bezeugen übereinstimmend, daß sie über keine schlechte Behandlung klagen können. Nach der Festlegung der Demarkationslinie sind Posten, die eigenmächtig geschlossen hatten, von den Polen sofort zu mehrtägigen Gefängnisstrafen verurteilt, einer sogar erschossen worden.

Für solche Zwecke werden weitere Milliarden verpulvert!

Ein kapitalistisches Reptil.

In Berlin erscheint unter dem Titel: Correspondenz für Politik und Volkswirtschaft, Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 14, Verlag Rudolf Schulte u. Co., Herausgeber Dr. Siegfried Seelig, eine Zeitungskorrespondenz für die gesamte bürgerliche Presse mit dem Zweck, den Sozialismus zu bekämpfen. Ueber das Wesen dieser Korrespondenz unterrichtet folgendes Schreiben, das an die Direktoren industrieller Großbetriebe gerichtet worden ist:

Dr. S. S.
Streng vertraulich.

An die Direktion...
Um sich gegen die „Vergesellschaftung“ der privaten Produktionsmittel zu wehren, ist auf Anregung einer Reihe größerer Betriebe unsere Zeitungskorrespondenz gegründet worden, welche die gesamte bürgerliche Presse Deutschlands mit Artikeln, die sich gegen eine solche Entzerrung richten, versorgt.

Um eine bezahlte Abwehr so erfolgreich wie möglich zu gestalten, ist es jedoch wünschenswert, daß möglichst alle Werke, die von der geplanten „Vergesellschaftung“ betroffen werden könnten, sich diesem Unternehmen anschließen.

Es ist dringend geboten!

Nähere Auskünfte wollen Sie von dem Unterzeichneten erfordern.
Mit vorzüglicher Hochachtung
Korrespondenz für Politik und Volkswirtschaft.
Dr. Siegfried Seelig.

Es wird dringend gebeten, dieses Schreiben als streng vertraulich zu betrachten.

Die Großindustrie hält also diese Zeitungskorrespondenz aus. Nachdem dies Reptil entlarvt ist, wird man wissen, was von seinen Nachwerken zu halten ist. Eine gewisse bürgerliche Presse wird sie freilich mit um so größerem Eifer nachdrucken.

Neue Kohlenpreiserhöhung.

Die Sozialisierung ist da! Mit diesen Worten glaubte im März die Regierung das stürmische Verlangen der Arbeiter nach der Sozialisierung beschwichtigen zu können. Sie hat das Sozialisierungsgesetz geschaffen, und in seinen Rahmen das famose Kohlenwirtschaftsgesetz gestellt, das an